PHILIPPINEN

Arroyo am Ende

Manila stehen unruhige Zeiten bevor. Seit dem Rücktritt von zehn Ministern ist Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo schwer angeschlagen. Jetzt wächst sogar die Sorge, dass unzufriedene Offiziere versuchen könnten, einen Regierungswechsel zu erzwingen. Stabschef Efren Abu warnte vorsorglich die Truppen, nicht in die Ränkespiele um die Macht in Manila einzugreifen. Auf den Philippinen hatte das Militär in den vergangenen 20 Jahren mehrmals gemeutert. Ausgelöst haben die jüngste Krise Manipulationsvorwürfe gegen die Staatschefin. Sie soll bei der Wahl im Mai 2004 Einfluss auf die Stimmenauszählung genommen haben. Arroyo gab zu, ein fragwürdiges Telefonat mit der Wahlkommission geführt zu haben: „Mein Urteilsvermögen war fehlerhaft.“ Das Gespräch war vom militärischen Geheimdienst mitgeschnitten und in die Öffentlichkeit lanciert worden. Arroyo erklärte, sie wolle sich einem Verfahren zur Amtsenthebung stellen, weigerte sich aber zurückzutreten. Stattdessen kündigte sie an, das Kabinett umzubilden. Ein Drittel ihrer Regierungsmitglieder trat daraufhin zurück, darunter der Finanzminister. Zudem laufen wegen des Verdachts auf Korruption Untersuchungen gegen die Familie der Präsidentin. So werden ihr Ehemann Jose Miguel, Sohn Juan Miguel und ihr Schwager beschuldigt, von der Untergrundlotterie „Jueteng“ Schmiergelder kassiert zu haben; der Gatte setzte sich in die USA ab. Genährt wird die Krise durch chronische Wirtschaftsprobleme. Manila ist hochverschuldet, die Armut steigt und die Macht ist auf wenige steinreiche Familien konzentriert.

Arroyo-Bildnis, Militär

ROMEO RANOCO / REUTERS

KOSOVO

„Risiko eines Kriegs“

Der polnische Jurist und internationale Ombudsmann für Menschenrechte im Kosovo, Marek Nowicki, 52, über die angespannte Lage in der südserbischen Provinz

SPIEGEL: Sie legen Ihren Jahresbericht für die Uno über die Menschenrechte im Kosovo vor. Fällt Ihr Fazit positiver aus als im Vorjahr?

Nowicki: Es gab Verbesserungen, aber das generelle Niveau liegt weiter unter internationalem Minimalstandard. Nichtalbaner sind immer noch vom Schutz der internationalen Friedenstruppe Kfor abhängig. Attentate, Bombenanschläge, Überfälle und sonstige Übergriffe auf diese Bevölkerungsgruppe finden weiter statt. Selten werden die Täter vor Gericht gestellt.

SPIEGEL: Ist das Zusammenleben zwischen Albanern und Serben nur ein frommer Wunsch des Westens?

Nowicki: Manchmal hat man den Eindruck, es ist mehr Illusion als Perspektive. Die Hindernisse sind groß.

SPIEGEL: Dominieren noch immer Korruption und Organisierte Kriminalität?

Nowicki: Auch da gibt es wenige Fortschritte. Das Kosovo ist hierbei nicht isoliert. Das Anwachsen der Organisierten Kriminalität ist ein Problem in ganz Europa, mit Schwerpunkt Balkan.

SPIEGEL: Hat die Uno-Verwaltung denn die Kontrolle übers Kosovo?

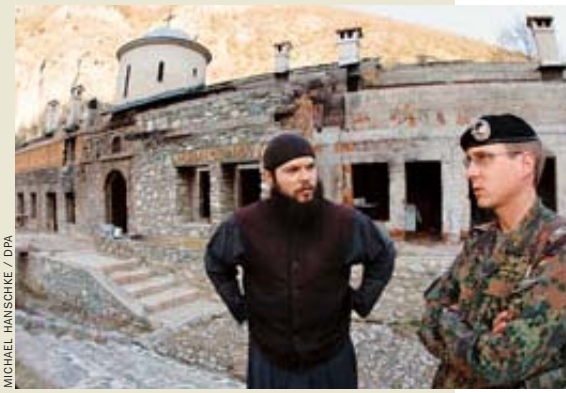
Nowicki: Sicher nicht hundertprozentig. Eher albanische Politiker und kriminelle Gangs.

SPIEGEL: Im Herbst sollen die offiziellen Gespräche zwischen Serben und Albanern über den künftigen Status der Provinz Kosovo beginnen. Sind sie unter diesen Bedingungen sinnvoll?

Nowicki: Die ungelöste Statusfrage vergrößert alle Probleme nur noch. Alle Menschen im Kosovo warten darauf. Sie haben nur ein Leben und müssen dies schützen und die Zukunft ihrer Kinder sichern.

SPIEGEL: Steht ein Exodus der serbischen Minderheit bevor, falls das Kosovo unabhängig wird?

Nowicki: Derzeit drohen alle Serben, das Kosovo dann zu verlassen. Wer die finanziellen Mittel hat, sucht bereits nach Alternativen und kauft in Serbien Eigentum. Aber nicht jeder hat diese Möglichkeiten. In der Realität würden wohl viele ihre Meinung ändern.



MICHAEL HANSCHKE / DPA

Mönch, Kfor-Soldat bei Prizren

SPIEGEL: Albanische Politiker drohen ihrerseits mit Krieg, falls das Kosovo nicht eigenständig wird. Eine leere Drohung?

Nowicki: Ich würde es gern so sehen. Aber ich denke, es gibt das Risiko eines neuen Kriegs.

BRASILIEN

Gescheiterter Befreiungsschlag

Staatschef Luiz Inácio „Lula“ da Silva erwägt offenbar, wegen der Schmiergeldaffäre in seiner Arbeiterpartei (PT) auf eine erneute Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr zu verzichten. Er sei aufgebracht und enttäuscht, er fühle sich von engen Mitarbeitern hintergangen, berichten Vertraute des Präsidenten, der sich mit schweren Vorwürfen konfrontiert sieht: Partei und Regierungsmitglieder sollen Abgeordnete bestochen haben, um bei wichtigen Abstimmungen eine Mehrheit für die Regierungsfraktion zu sichern. Mehrere wichtige PT-Politiker haben nach den Enthüllungen ihre Posten aufgegeben, darunter „Lulas“ Stabschef und der Schatzmeister der Partei. Weitere Rücktritte werden erwartet. Präsident „Lula“, der bei seinem Amtsantritt als Idol der Linken gefeiert wurde, ist zwar bislang nicht direkt in den Skandal verwickelt, aber sein Ruf ist stark angeschlagen. Die Regierung ist praktisch gelähmt, eine als Befreiungsschlag geplante Erneuerung des Kabinetts mit unabhängigen Persönlichkeiten ist gescheitert. Als Präsidentschaftskandidat der PT wird bereits Finanzminister Antonio Palocci gehandelt.